

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 45

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Lauen, Groß-Strasse 1. Fernspr. 5, 9246.

Hamburg, den 7. November 1914

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

28. Jahrg.

Winterarbeit für das Malergewerbe.

Es ist eine leider weitverbreitete Ansicht, daß der fast vollständige Stillstand der Malerbetriebe im Winter ein Zustand sei, der sich aus technischen Verhältnissen unseres Berufes ergebe und dem nun einmal nicht gesteuert werden könne. Diese Ansicht ist auch anzutreffen, wo eigentlich mehr Verständnis vorausgesetzt werden müßte: in den Kreisen bauausführender Behörden, Architekten, Hausbesitzer und andere mehr. Meist häufig ist sogar die Meinung vorhanden, im Winter gefrieren dem Maler die Farben ein, die Farben trocknen zu schwer und die Arbeiten seien nicht so haltbar als wenn sie im Sommer ausgeführt würden. Viele Auftraggeber glauben auch, es seien im Winter für sie bei der Beschäftigung von Malern persönlich mehr Unannehmlichkeiten zu befürchten als im Sommer, wo man sich denn auch vielfach durch die Flucht in die Sommerfrische der allzunahen Verührung mit dem im Hause arbeitenden Handwerker, vor allem den Malern, entzieht. Das hat zur Folge, daß während gewisser Wochen die Arbeitsgelegenheit im Malergewerbe ganz bedeutend zunimmt, um nach kurzer Zeit wieder in geradezu schädlicher Weise abzuflauen.

Alle Gründe, die für die Stilllegung unserer Berufsarbeit während des Winters angeführt werden, sind nur zu einem sehr geringen Teile zutreffend und können es nicht rechtfertigen, daß das Malergewerbe Monate hindurch unter einem geradezu vernichtenden Drucke leidet und so zu einem am meisten von der Ungunst der heutigen Produktionsverhältnisse benachteiligten Gewerbe wird; nicht nur zum Schaden der direkt beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber, sondern auch zum Nachteil anderer Handwerker und Geschäftsleute, die von ihm und seinen ungefähr 180 000 Berufsangehörigen mehr oder weniger unmittelbar abhängig sind.

Nichtig ist zwar, daß die mit Wasser — Leim, Kalk, Tempera u. a. — angerührten Farben bei eintretendem Frostwetter im Freien und bei strenger Kälte an ungeeignetsten Stellen oder in ungeheizten Räumen, auch im Innern von Gebäuden, nicht verarbeitet werden können. Das rechtfertigt aber nicht, daß die Arbeiten mit diesen Farben schon im Oktober eingestellt und erst etwa Ende März allgemein wieder aufgenommen werden; ein Zeitraum, in dem unter normalen Verhältnissen keineswegs allgemein Frost und strenge Kälte herrschen. Del- und Lackfarben aber werden von der Kälte nicht oder doch nicht so beeinflusst, daß sie nicht zu jeder Jahreszeit verarbeitet werden könnten. Da ist es wohl gerechtfertigt, zu fragen, warum im Herbst bei eintretendem Frostwetter bis in das zeitige Frühjahr hinein auch die Del- und Lackfarbenarbeiten nahezu vollständig eingeschränkt werden. Allerdings trocknen Del- und Lackfarben im Winter langsamer, als unter der Einwirkung größerer Wärme, doch ist dies, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, kein Nachteil, vom Standpunkt der Haltbarkeit aus sogar ein Vorteil. Je langsamer der Trockenprozeß vor sich geht, um so besser ist dies zumeist für die betreffenden Anstriche; zudem läßt sich durch bestimmte Zusätze, wenn aus gewissen Gründen ein schnelles Trocknen nötig ist, dies auch bei der größten Kälte ohne weiteres erreichen. Bei der Arbeit im Freien spricht noch mit, daß im Sommer oft durch das Anfliegen von Staub oder in großen Teilen Deutschlands durch Fliegen- oder Mückenwärme frische Del- oder Lackfarbenanstriche sehr beeinträchtigt oder ganz verdorben werden.

Alle Bedenken aber gegen die Möglichkeit, Maler- und Anstreicherarbeiten selbst im tiefsten Winter auszuführen zu lassen, werden beseitigt durch die Tatsache, daß gegenwärtig fast in allen öffentlichen und größeren Privatbauten die Dampfheizung stark verbreitet ist, die ein gleichmäßiges Erwärmen der Gebäude ermöglicht. Unter solchen Verhältnissen können alle Malerarbeiten ohne jeden Nachteil bei jeder Witterung, auch den Winter hindurch, ausgeführt werden. Dabei ist zu beachten, daß eine Erwärmung von im Bau begriffenen Gebäuden auch aus andern Gründen für diese sehr nützlich ist. Da es doch im Interesse jedes Bauausführenden liegen muß, wenn die Arbeiten möglichst ge-

fordert und ihre Fertigstellung nicht künstlich durch längeres Stillliegen verzögert wird, vor allem, um die angelegten Kapitalien schneller verzinsen und damit die Baukosten vermindern zu können, so ist es ganz unbegreiflich, daß man die Malerarbeiten ganz unnötigerweise im Winter ausschaltet.

Eine gewichtige Rolle spielt aber noch ein weiteres Moment. Durch die Anhäufung der Arbeiten in wenigen Sommermonaten reichen die vorhandenen Arbeitskräfte in diesen Hochkonjunkturperioden nicht aus. Es müssen plötzlich Hilfskräfte herangezogen werden, die, je nach dem Stande der Konjunkturverhältnisse in den übrigen Gewerben und Industrien, meist gar nicht vorgebildet sind. Unter dem Zwange der Verhältnisse werden darum Arbeiter der verschiedensten Berufe für Arbeiten herangezogen, für die ihnen jede Sachkenntnis und Qualifikation fehlt, und die Folge ist mangelhafte oder nach den Begriffen von Fachleuten ganz unbrauchbare Arbeit. Der Laie erkennt die Mängel nicht, im Laufe der Zeit aber treten sie meist in mangelnder Haltbarkeit oder in äußerem Verfall hervor, ohne daß die Auftraggeber recht erkennen, daß lediglich die allen sachmännischen Methoden entgegenlaufende Ausführung der Arbeit durch notgedrungen herangezogene Hilfskräfte daran die Schuld trägt. Einige Wochen später werden die gelerntten, qualifizierten und auf gewisse Arbeiten besonders eingearbeiteten Gehilfen arbeitslos. Würde eine bessere Verteilung der vorliegenden Arbeiten auf die verschiedenen Zeiten des Jahres stattfinden, ließe also die Rundschaft des Malergewerbes auch im Winter arbeiten ausführen, um die Sommermonate zu entlasten, so könnten diese meist weit besser, haltbarer, geschmackvoller, wir behaupten, sogar billiger, bestimmt aber bedeutend preiswerter ausgeführt werden als so, wo dies vielfach von ungeeigneten Arbeitskräften in fortwährender Hast, natürlich aber zu den gleichen Preisen — denn der Arbeitgeber hat bei einem abnormalen Geschäftsbetrieb keineswegs besonderen Nutzen — ausgeführt werden wie bei geordneten Verhältnissen, unter andern auch im Winter. Der Arbeitgeber ist bei gleichmäßigem Gang seines Betriebes in der Lage, ihn zu überblicken, die Arbeiten zu beaufsichtigen und den Auftraggebern mehr als in dem Trubel der Hochsaison zur Verfügung zu stehen. Er kann ferner im Gegensatz zu jetzt einen Stamm eingearbeiteter Gehilfen zur Verfügung halten und mit dem richtigen Mann an der rechten Stelle für eine sachgemäße und gebiegene Arbeit garantieren. Gegenwärtig muß er oft seine besten Leute entlassen, um bald darauf sich zum Schaden seines Geschäftes und seiner Auftraggeber mit ungeeigneten Kräften zu behelfen.

Diese Zustände könnten sehr wohl bekämpft werden, und zwar durch eine planmäßige Beschaffung von Winterarbeiten, vor allem durch Beeinflussung der bauausführenden Behörden, Architekten, Baumeister und der Privatkundschaft. Uebrigens stehen wir mit unsern Ansichten nicht allein da. So schrieb die „Süddeutsche Maler-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 31. Januar 1909:

Wir haben bereits betont, um der Arbeitslosigkeit am wirksamsten zu steuern, gibt es nur das eine Mittel, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Wohl wird verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, daß das eine oder andere Gewerbe mehr oder weniger ein Saisongewerbe ist, so zum Beispiel das Malergewerbe. Gerade bei diesem mag vorerwähnte Auffassung einige Bedeutung haben. Wenn aber von den Auftraggebern — und darunter verstehen wir auch die Regierungen und Kommunalbehörden — einigermaßen guter Wille gezeigt würde, so wäre es nicht schwer, auch zur Winterszeit genügende Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Wir erinnern zum Beispiel daran, daß in allen größeren Staats- und städtischen Gebäuden heutzutage Zentralheizung eingerichtet ist, folglich man auf günstige Witterungsverhältnisse besondere Rücksicht nicht zu nehmen hätte. Welche Ansumme von Arbeitsgelegenheit könnte gerade dadurch geschaffen werden, wenn die im Sommer anfälligen Maler- und Anstreicherarbeiten im vorgeführtem Sinne zu einer andern Jahreszeit zur Ausführung gelangen würden. Schon der Umstand, daß die Arbeit regelmäßig als in der Hochkonjunktur erledigt werden könnte, sollte schon Grund genug sein, an eine zeitliche Arbeitsteilung heranzutreten.

Wir glauben, daß es nicht schwer fallen wird, wenn die zuständigen Behörden dieser Frage nähere treten werden, einen Ausgleich bezüglich der Ausführung der Maler- und

Anstreicherarbeiten schaffen zu können. Was aber dem Malergewerbe möglich ist, wird auch in andern Gewerben durchzuführen sein, und wenn der gute Wille vorhanden ist, wird sich auch der Weg dazu finden. Hier wäre ein gangbarer Weg gegeben, praktische Sozialpolitik zu treiben, und nicht auf Kosten eines Standes, der ohnehin unter den sozialpolitischen Lasten fast erdrückt wird.

Auch der „Verbands-Anzeiger“ hat damals (Nr. 18 von 1909) die Angelegenheit behandelt und es begrüßt, daß die Ortsgruppe München des Süddeutschen Malermeisterverbandes an die Behörden eine entsprechende Eingabe gerichtet hat. Und unter dem 1. Februar 1913 schrieb der „Bund Deutscher Dekorationsmaler“, es wäre mit Freuden zu begrüßen, wenn versucht würde, „daß die sich in den großen Ferien anhäufenden Arbeiten, welche auch zur Winterszeit ausgeführt werden können, für die Zeit der Weihnachts- oder Osterferien zur Ausführung bereitgestellt werden.“ Dann hieß es weiter:

Hierbei darf wohl bemerkt werden, daß heute, wo in fast allen in Betracht kommenden Gebäuden Zentralheizung vorhanden ist, die Ausführung von Malerarbeiten unter diesen Umständen nicht leidet. Gerade dadurch, daß zu dieser Zeit gute, brauchbare Arbeitskräfte genügend zur Verfügung stehen, wäre es leicht, große Aufträge in kurzer Zeit zu bewältigen. Unsere Privatkunden würden sicher bald diesem Beispiel folgen. — Mögen nun Staat und Kommune einstimmig zur Lösung dieser Frage zusammenwirken, um dem gesamten Gewerbe einen Dienst zu erweisen, der dem ganzen Wirtschaftsleben zugute kommt.

Wir meinen nun, daß gerade gegenwärtig, wo das soziale Gewissen weiter Volkstreu über bestimmte Klassenunterschiede hinweg höher als bisher schlägt, wo man allerorts bemüht ist, den Arbeitsmarkt vom größten Drucke zu befreien und besonders notleidenden Schichten zu helfen, versucht werden sollte, die Vorurteile zu beseitigen, die das Malergewerbe schwer schädigen. Es muß unsere Aufgabe sein, alle in Betracht kommenden Faktoren — Öffentlichkeit und einzelne Auftraggeber — gemeinsam mit den Arbeitgebern, deren führende Kreise unsere Auffassung allgemein teilen, aufzuklären; denn es handelt sich hier um eine Frage des ganzen Berufes, an dem alle seine Teile gleichmäßig interessiert sind. Vielleicht kann so auch der leider jetzt noch vorherrschenden Mode übertriebener Einfachheit gesteuert werden, zum mindesten für kommende Zeiten.

Wir erlauben unsere Kollegen allerorts, der hier angeregten Frage die größte Aufmerksamkeit zu schenken und in geeigneter, oben angeführter Weise durch Wort und schriftliche Darlegungen tatkräftig zu ihrer Lösung beizutragen. Dadurch ergänzen wir auch unsere schon bisher unternommenen allgemeinen Maßnahmen und lindern die sonst im Winter stets umhersichende, durch den Kriegszustand aber noch bedeutend verschärfte Not unter unsern Berufsangehörigen.

Kartoffelwucher.

Aus den verschiedensten Gebieten Deutschlands, überall unter Vorantritt der naturgemäß am meisten betroffenen größeren Städte und Industriebezirke, häufen sich die Nachrichten über plötzliche bedeutende, zum Teil ganz wucherische Preissteigerungen für Kartoffeln. Stettin, Kiel, Bremen, Hamburg mögen als Beispiele für die Küstenstriche genannt sein. Für Mitteldeutschland liegen Breßmitteilungen aus der Dresdner Gegend und dem sächsischen Vogtland, aus Coburg, Gotha, Erfurt und Meiningen, ferner aus Halle, Braunschweig, Hannover und Cassel vor. In Nürnberg berieten Magistrat und Händler über die Wege, auf denen den maßlosen Forderungen der Lieferanten entgegenzutreten sei. In Weiden steht in Solingen, in Hagen, in der Pfalz die gleiche Frage auf der Tagesordnung. In Berlin, dem hervorragendsten Orte des Absatzes und Verbrauchs, schlug die Presse frühzeitig Alarm und die Gewerkschaftskommission verlangte sofort Maßnahmen zur Abwehr des drohenden Notstandes. Die in Berlin zur Überwachung der Lebensmittelpreise eingesetzte städtische Kommission will in gleicher Richtung bei den zuständigen Behörden, vor allem bei dem Oberkommando in den Marken vorstellig werden. Es liegt also

reichlich Anlaß vor, über Produktion und Bedarf dieses gerade in Deutschland ungemein wichtigen Volkswirtschaftsmittels die grundlegenden Ziffern zusammenzustellen, um daraus einen Rückblick auf das künstliche oder Normale der heutigen Marktverhältnisse ziehen zu können.

Verwirrend scheint zunächst gewirkt zu haben, daß die neuesten Ernteschätzungen hinter den vorangegangenen hochgelegerten Erwartungen etwas zurückblieben. Dies bedeutet jedoch keineswegs ein Zurückbleiben hinter den durchschnittlichen Ergebnissen der letzten Jahre. Der gewöhnlich unerbürdliche, agrarische Deutsche Landwirtschaftsrat kommt vielmehr in seiner jüngsten, am 17. Oktober veröffentlichten Berechnung auf eine deutsche Ernteziffer von 17 Millionen Tonnen — wohlgeachtet: „unter Berücksichtigung, daß ein Teil der Kartoffelernte in Ostpreußen und Oberelßaß infolge der kriegerischen Ereignisse nicht geerntet werden kann“. Trotz dieser Einschränkung steht der in Aussicht genommene Ertrag immer noch um 2 Millionen Tonnen über dem Durchschnitt für das gesamte Deutschland während der letzten zehn Jahre 1904 bis 1913, der sich auf 44,8 Millionen Tonnen belief. 1904 hatten wir tatsächlich nur einen Ertrag von 88,8 Millionen Tonnen, 1905 von noch nicht 48 Millionen Tonnen, 1910 von wenig über 43, im Winternummerjahr 1911 sogar nur von knapp 34,4 Millionen Tonnen. Die 47 Millionen der letzten, obwohl etwas abgeschwächten Schätzung halten sich also noch immer auf recht ansehnlicher Höhe.

Auch große Bedarfsverschiebungen, die eine wesentliche Preissteigerung nach sich ziehen müßten, hat der Krieg, bis jetzt wenigstens, in keiner Weise gebracht. Nach Professor Wohltmann-Galle, der sich wiederum auf das übereinstimmende Urteil der Sachverständigenliteratur beruft, verteilte sich der deutsche zehnjährige Durchschnittsverbrauch von 45 Millionen Tonnen in folgenden Teilsummen auf die einzelnen Verwendungsbereiche:

18,0 Mill. T.	zur menschlichen Ernährung
4,6 „ „	für industrielle Zwecke (Spiritus, Stärke usw.)
16,8 „ „	zur Verfütterung
6,8 „ „	zur Wiederausfaat
dazu 4,5 „ „	Verlust durch Fäulnis und Schwund (10 pZt.)
zus. 45,0 Mill. Tonnen.	

Der Krieg hat bisher nun eine gewisse Menge von Kartoffeln, die früher der Branntweinerzeugung dienten, für andere Verbrauchszwecke freigesetzt, also insofern für den Nahrungskonsum nur günstig gewirkt. Denn der Bundesratsbeschluss vom 15. Oktober, der ruhig noch verschärft werden könnte, setzt für alle Brennereien mit einer Jahresproduktion von über 50 Hektoliter Alkohol den Durchschnittsbrand auf 80 Hektoliter des allgemeinen Durchschnittsbrandes. Für die Gesamtheit der bayerischen, württembergischen und badischen Brennereien auf sieben Zehntel des für 1911/12 zugewiesenen Kontingentes fest. Außerdem sollen für 1914/15 beim Spiritus 65 pZt. der hergestellten Erzeugung unter die Vergällungspflicht fallen, also für gewerbliche Zwecke, vor allem wohl als Antreibkraft für Motoren, an Stelle des rasch knapp und teuer gewordenen Benzins, verfügbar gemacht werden. Für die Branntweinertrinker mag das peinlich sein, für den Kartoffelmarkt kann es nur eine gewisse Preisrelaxierung bringen.

Die rapid um sich greifenden Preistreiberien sind daher nur als Abnormitäten zu behandeln, die auf der rücksichtslosen Ausnutzung vorübergehender Versorgungsengpässen und unbegründeter, zum Teil absichtlich erzeugter Panikstimmungen der Konsumenten- und Kleinläufermassen beruhen. Vom September an, in erster Linie jedoch im Oktober, sind weite Bevölkerungskreise daran gewöhnt, sich mit einem Male gleichzeitig für einen länger dauernden Bedarf einzubeden. Diesmal verdrängte sich die außerordentliche Nachfrage noch durch die zwar wohlgemeinten und innerlich durchaus berechtigten, aber geschäftlich wenig geschickt disponierenden Bemühungen zahlreicher Gemeindeverwaltungen: beträchtliche Vorräte zum Weiterverkauf oder zur freien Abgabe an Bedürftige zu erwerben. Auf der Gegenseite strotzte die Zufuhr mehr als sonst, weil sich die Abertausende unter dem verhältnismäßigen Mangel an ländlichen Arbeitskräften länger als gewöhnlich hinauszog und weil sich die Zufuhr zu den Absatzmärkten eher noch mehr als sonst verzögerte: die seltener gewordenen Zugtiere sind für die noch ausstehenden Feldarbeiten nicht zu entbehren und die weiterbefördernden Bahnen funktionieren vollends nicht in alter Regelmäßigkeit. Für wucherische Wucherschichten aller Art ist dies, wie sich denken läßt, eine gesunde Gelegenheit. Die Vorratbesitzer können bei der tatsächlichen augenblicklichen Knappheit mehr verlangen, sobald sie nur wollen, und die kopflosen Käufer steigern ihren Andrang und damit von neuem die Knappheit, weil sie bei in die Höhe schnellenden Preisen erst recht nach sofortiger Bedarfsdeckung streben. Händler und Landwirte wiederum entschließen sich um so weniger zu Lieferungen, je höhere Preise sie später für ihren Handelsartikel oder ihr Erzeugnis erhoffen dürfen. Nach allen grundlegenden Produktions- und Bedarfsverhältnissen mag diese ganze Entwicklungsrichtung noch so unnatürlich erscheinen: die verkürzte Welt wird dennoch längere Zeit zur Wirklichkeit.

Selbstverständlich können alle beteiligten Verbraucher und Käufer gar nicht genug ermahnt werden, nicht durch eigene Schuld und sinnlose Ungeduld das Liebel zu verschlimmern. Schnelles Handeln und Eingreifen der Behörden muß jedoch vor allem die raschere und gründlichere Wendung zum Besseren bringen. Im Anschluß an die Berliner Gewerkschaftskommission haben deshalb alle bisher zu Worte gekommenen wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen die sofortige Festsetzung von Höchstpreisen gefordert, um die Käufer zu beruhigen und die Vorratbesitzer von weiteren Zuzückhaltungen abzusprechen. Da der Bundesrat auf Grund seiner Verordnung vom 25. August die Ankaufspflicht über Vorräte an Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere an Nahrungs- und Futtermitteln aller Art sowie an rohen Naturerzeugnissen, Holz- und Leuchtstoffen eingeführt hat, so muß es ein Leichtes sein, die willkürliche Warenentziehung zu kontrollieren und gegebenenfalls den Ankaufszwang durch eine Verkaufspflicht zu ergänzen. Sollte die geplante härtere Verwendung von Kartoffelmehl für die Brotbäckerei durchgesetzt werden, so bietet sich noch ein Anlaß mehr, die dadurch ersetzte Ernährungssicherung

nicht wieder durch die unerschwinglichen Preise der neuen Vermischung ganz hinfällig machen zu lassen.

Da die Kartoffelernte, selbst nach den jüngsten herabgesetzten Schätzungen und nach Abzug des ostpreussischen und oberelßassischen Ausfalles, immer noch als eine normale Durchschnittsernte anzusehen wäre, so dürften die beherrschenden Preisnormen natürlich die lehrjähigen Durchschnittspreise nicht wesentlich überschreiten.

Mag Schippel.

Aus unserm Beruf.

Der Firma Malsus aus Dortmund ist in Darmstadt der Innenantrieb der neuen Luftschiffhalle übertragen. Ueber den Betrieb dieser Firma wurde bekanntlich schon in Hamburg wegen der Bahnhofsarbeiten die Sperre verhängt. Sie sucht jetzt im „Arbeitsmarkt“ Gehilfen, doch wird gewarnt, daselbst Arbeit anzunehmen, da genügend Arbeitslose am Orte sind.

Wir kommen in der nächsten Nummer auf die Angelegenheit zurück.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Nachen. Daß hier die Arbeitslosigkeit andauert, ist zu verstehen, denn hier ist sogar der Donner der Geschütze hörbar. Es kommt hinzu, daß von den ersten Tagen des Krieges an Nachen einem großen Heerlager gleich. Die Straßen sind mit gesunden und verwundeten Soldaten gefüllt. Auch ist unsere Filiale stark durch Einberufung zur Fahne in Anspruch genommen. Sind es doch 37 pZt., welche den Malerkittel mit dem Waffentrock vertauschen mußten. Aber noch größer ist die Zahl der Opfer des Krieges, die arbeitslos wurden, sie beträgt 41 pZt. Die Zahl der Kollegen, die das Glück haben, in Arbeit zu stehen, ist sehr gering. Hoffen wir aber, daß auch wir diese schwere Zeit überstehen werden.

Bielefeld. Hier waren bisher bekanntlich die Gegensätze zwischen Arbeitgeberverband und unserer Organisation stark hervorgetreten. Das erreichte durch den Kriegszustand sein Ende. Der Arbeitgeberverband und unsere Organisation haben in einer Sitzung die gegenwärtige Lage besprochen. Durch das Eingreifen des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes wurde verhindert, daß Lohnkürzungen stattfänden. Diesem gemeinschaftlichen Vorgehen ist es auch zuzuschreiben, daß Arbeitsgelegenheiten geschaffen wurden, die eine größere Arbeitslosigkeit verhinderten. Die nach Ausbruch des Krieges stattgefundenen Mitgliederversammlung war gut besucht und billigte die vom Vorstand und Beirat getroffenen Maßnahmen.

Bochum. Durch die Einberufung sämtlicher Vorstandsmitglieder und infolge Kopflosigkeit der am Orte verbliebenen Mitglieder war die Existenz unserer Filiale in Frage gestellt. Jedoch durch das Eingreifen des Bezirksleiters kamen die Mitglieder recht bald wieder zur Besinnung, und so ist nunmehr, da die verbleibenden Mitglieder zurzeit nicht arbeitslos sind, das Fortbestehen der Filiale gesichert. Ein Teil der Mitglieder hat Arbeit auf der Kohlenzeche gefunden.

Bremen. Der Krieg schlägt schwere Wunden; nicht nur im wirtschaftlichen Leben, sondern auch unsern gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Wenn der Kanonen-Donner verhallt, und der Friede wieder hergestellt ist, gilt es für die Organisationsleitungen ihr möglichstes zu tun, um die Organisation wieder auf die alte Höhe zu bringen. Denn nach dem Kriege wird der wirtschaftliche und der politische Kampf genau so wieder entbrennen, ebenso scharf in die Erscheinung treten, als vor dem Kriege. Es wird auch für die Zukunft Parteien geben: Arbeitgeber und Arbeitnehmer, deren Interessen sich zuwiderlaufen, werden sich bekämpfen. Die Gehilfenschaft wird, wie dies nicht anders sein kann, darauf bedacht sein, das Lohn- und Arbeitsverhältnis zu einem der Zeit entsprechenden zu gestalten. Und hier werden wir, wie immer, dem Widerpruche der Arbeitgeber begegnen. Um aber nach dem Kriege gerüstet dazustehen, bedarf es unausgesetzter Agitation und Aufklärung. Es gibt leider noch der Bankelmütigen und Gleichgültigen genug, wenigstens auch im letzten Jahrzehnt unsere Organisation außerordentliche Fortschritte nach jeder Richtung hin gemacht hat. Wohl ist zur Zeit das Interesse für die Organisation nicht in dem Maße vorhanden als zur Friedenszeit. Um so mehr gilt es zu arbeiten und die Hände nicht in den Schoß zu legen.

Unsere Filiale hat, wie auch in andern Städten, Maßnahmen ergriffen, um uns über die schlimme Zeit hinwegzuhelfen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist eine wesentliche. Vom 1. Oktober ab wird nur sechs Stunden gearbeitet. Wenn auch in einzelnen Betrieben die Beschlüsse nicht genau beachtet werden, so kann man aber doch sagen, daß sie im allgemeinen respektiert werden. Der Beschluß, die Arbeitszeit auf sechs Stunden zu beschränken, ist erfreulicherweise vom Ortsarbeitsamt einstimmig gefaßt worden. Desgleichen beschloß das Ortsarbeitsamt, daß alle Arbeitskräfte von unserm Arbeitsnachweise bezogen werden müssen, und wenn ältere in den einzelnen Werkstellen bisher Beschäftigte wieder eingestellt werden, auch hiervon unserer Vermittlungsstelle Nachricht gegeben werden muß. Die Beschlüsse des Ortsarbeitsamtes wurden dann auch vom Arbeitgeberverband, von der Innung und von uns gutgeheißen. Es sei an dieser Stelle noch besonders bemerkt, daß wir die Beschlüsse ohne Weisem eines Unparteiischen gefaßt haben. Bei Ausbruch des Krieges waren wir der Meinung — und wir haben ja wohl alle etwas zu schwarz gesehen —, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen ausfallen zu lassen, weil wir annahmen, daß während der Kriegszeit diese nicht genügend besucht würden. Aber das Gegenteil hat sich herausgestellt. Die Mitgliederversammlungen waren besser besucht als zuvor, und die Debatte bewegte sich auf angemessener Höhe; jedenfalls sehr erfreulich. Neben unsern Mitgliederversammlungen findet auch nach wie vor allmonatlich eine Zusammenkunft der Werkstattdelégierten und Hauskassierer statt. Diese Sitzungen sind ganz besonders in der jetzigen Zeit notwendig und sehr wertvoll. Auch die größeren und mittleren Werkstellen halten jeden Monat ihre Besprechungen ab. So ist also eine stete Verbindung der Mitglieder mit dem Filialvorstand vorhanden.

Wenn auch unsere Mitgliederzahl um ein bedeutendes zurückgegangen ist, so haben wir doch die Gewähr, unsern alten Stamm zu halten und somit auch die Organisation. Die Bremer Filiale hat, und das können wir ohne Umfassung wohl sagen, stets gezeigt, daß sie ihre Aufgabe in bezug auf Organisation der Massen der Kollegen erfüllt hat. Und uns bangt auch nicht vor der Zukunft. Von Niedergeschlagenheit kann keine Rede sein. Gewiß gibt es auch in Bremen Laue und Bräckerberger, diese sind und waren bisher so dünn gesät, daß besonderer Anlaß zu Klagen nach dieser Richtung hin nicht vorliegt.

Was die Innehaltung unseres Tarifvertrages anlangt, so sind uns Versuche hiergegen nicht bekannt geworden. Es würde ja auch ein schlechtes Licht auf den Arbeitgeber werfen, der die schlechte wirtschaftliche Lage auszunutzen würde und niedrige Löhne zahlte. Manche Arbeitgeber „möchten wohl“, aber der Respekt vor den Organisationen hält sie davon ab. Auch an dieser Stelle wollen wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Arbeitgeber im Ortsarbeitsamt bei Anregung dieser Frage ganz entschieden sich dahin ausgesprochen haben, daß der Tarifvertrag unbedingt zu halten, die tariflichen Löhne zu zahlen seien.

Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten sind Eingaben an die Behörden und auch eine Aufforderung an das Bremer Publikum ergangen. Zwecklos war diese Aufforderung nicht, denn es sind Arbeiten ausgeführt worden, die sonst wohl unterblieben wären. Die Arbeitslosigkeit ist zurzeit nicht groß, wird aber jedenfalls in den nächsten Monaten größer werden, wenn nicht vom Staate ganz besondere Maßnahmen dagegen ergriffen werden.

Die Verbandsgeschäfte unserer Filiale haben keine Störung erlitten. Drei Vorstandsmitglieder und einer unserer Hauskassierer wurden zur Fahne berufen; zum Militär eingezogen sind bis jetzt 201 Kollegen. Viele sind abgereist, darunter befinden sich wohl noch manche, die den Waffentrock anziehen mußten.

Wir sagten schon eingangs, daß es unsere Aufgabe sein müsse, tüchtig zu arbeiten, während und nach dem Kriege, um später in der Lage zu sein, allen Anfeindungen Trost zu bieten. Und so richten wir auch von dieser Stelle aus die Aufforderung an alle Werkstattdelégierten und Hauskassierer und an alle Bremer Kollegen: in der Agitation für unsern Verband alles zu tun.

In Halle nebst Zahlstellen wurden 80 pZt. unserer Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen. Ganz besonders haben dadurch einige Zahlstellen gelitten. So stellte Merseburg 40 pZt. und Torgau gar 58,8 pZt. Nachden am 19. September auch unser Angestellter, Kollege Untage, zum Feldsanitätsdienst einberufen worden ist, werden die Geschäfte während der Kriegszeit im Nebenamt von Vorstandsmitgliedern weitergeführt. Zur Vinderung der Not durch Arbeitslosigkeit wurde von der Stadt eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt, deren Grundzüge bereits in Nr. 89 des „Vereins-Anzeigers“ bekanntgegeben sind. Zu Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit kam es erst im Oktober, weil der ordentliche und auch der stellvertretende Unparteiische ebenfalls zum Kriegsdienst einberufen wurden und Ersatz nicht gleich zu beschaffen war. Vom 2. Oktober an wurde die tägliche Arbeitszeit auf sieben Stunden festgesetzt. Die Firma Rathe & Sohn, Wagenfabrik, bei der es infolge der Tarifverneuerung zu Differenzen gekommen war, lehnte Verhandlungen über Aufhebung der Aussperrung und Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen ab, weil sie sich vorbehalten wollte, die Gelegenheit ihren Zielen nutzbar zu machen und die Arbeiter in die gelbe Organisation zu zwingen. Die korrekte Haltung der Arbeiter aber, selbst in diesen für sie so kritischen Zeiten, hat auch die Firma belehrt, daß sie den „Bürgerfrieden“ respektieren muß. Eine ganze Anzahl Arbeiter wurde bedingungslos wieder eingestellt, jedoch blieben von unsern Kollegen einige dem Betriebe fern; diese haben anderweitig Arbeit erhalten.

Im ganzen sächsischen Textilindustriegebiet haben unsere Kollegen infolge des sehr schlechten Geschäftsganges in der Textilindustrie schwer unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Wohl sind hier und da Versuche gemacht, Militärstoffe und auch Stoffe für Trauerkleider anzufertigen, doch hat auch dieses keine Besserung gebracht, zumal viele Orte hierfür gar nicht in Frage kommen; so Plauen mit seiner Spitzenindustrie.

In Plauen waren 44,1 pZt. arbeitslose Kollegen vorhanden, während der Prozentfuß in den verschiedenen Zahlstellen noch wesentlich höher war. In Lengenefeld 50 pZt., Reichenbach 64,3 pZt., Falkenstein 66,4 pZt., Rodewisch 77,7 pZt. und Treuen gar 100 pZt. In Greiz waren es zwar „nur“ 34 pZt. und in Delitzsch 42,1 pZt., während der Durchschnittsprozentsatz für den ganzen Bezirk 21,2 pZt. war.

Auch in den Filialen Glauchau hatten wir 40,7 pZt., in Crimmitschau 50 pZt. und in Meerane 26,5 pZt. Arbeitslose zu verzeichnen. In allen diesen Orten dürfte wohl schwerlich eine Besserung eintreten, da unser Gewerbe zuviel vom Geschäftsgang der Textilindustrie abhängig ist. Wohl war in einzelnen Orten zum Quartal eine Besserung zu verzeichnen, doch hielt diese nur kurze Zeit an. Aber auch diese an sich geringe Besserung wurde in der Hauptfache dadurch erreicht, daß unsere Verwaltungen Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeit unternahmen. Infolgedessen konnte die Arbeitszeit in Plauen und Greiz auf sieben Stunden, in Glauchau, Meerane, Reichenbach und Lengenefeld auf acht Stunden herabgesetzt werden. Ebenso wurden Eingaben an die Behörden wegen Vergebung von Malerarbeiten gemacht, so daß von unsern Verwaltungen alles getan worden ist, die Not nach Möglichkeit zu lindern, soweit es überhaupt in ihren Kräften stand. Auch die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes dürfte etwas dazu beigetragen haben, kamen doch bisher in diesen vier Filialen mit 459 Mitgliedern insgesamt M. 4266 zur Auszahlung.

Trotz dieser außerordentlich ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Kollegenchaft dieses Gebiets sich vollkommen darüber einig, daß es alles daranzusetzen gilt, die Organisation über die kritischen Zeiten hinweg in voller Geschäftsfähigkeit zusammenzubehalten. Die Verwaltungen sind in besten Händen, zumal ein starker Wechsel nicht eingetreten ist.

Ganz ohne Tarifverletzungen ist es auch in dem Gebiet nicht abgegangen. So wurde in Glauchau in einem Fall der Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit nicht gezahlt, und in Rodewisch, wo die Arbeitge-

im Frühjahr den Tarif kündigten, drückten zwei Firmen die Abneigung für zwölf Gehilfen um 4 bis 8 %.

Hannover. In der am 14. Oktober im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Versammlung gab Kollege Schubert den Bericht über die Maßnahmen und den Stand der Filiale während des Kriegszustandes.

richtung ist, und so ergibt sich die Notwendigkeit, auch während der Kriegszeit die Werbetätigkeit für unsere Filiale nicht zu unterbrechen.

Königsberg. Unsere Filiale ist wohl mit am stärksten durch den Krieg betroffen worden. Gleich zu dessen Beginn wurden rund 200 Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen.

Leider können wir von unsern Zahlstellen Insterburg und Memel nur berichten, daß unsere gesamten Vertrauensleute eingezogen sind und auch aus den übrigen allubekanntem Umständen dort jede Betätigung nunmehr nahezu ein Werteljahr unterbrochen war.

Megnitz. Obwohl hier gleich der vierte Teil unserer Mitglieder, acht ledige und 24 verheiratete Kollegen, zum Militär eingezogen wurden, blieben doch nahezu 50 Kollegen arbeitslos.

Magdeburg. Der Ausbruch des Krieges rief auch hier unter den Kollegen eine lebhafteste Begeisterung hervor, da besonders in der ersten Woche eine erhebliche Arbeitslosigkeit einsetzte und ein Teil Bauten stillgelegt wurden.

Mainz. Der Kriegsausbruch erschütterte auch unsere Filiale. 213 zum Militär einberufene und 126 arbeitslose Kollegen waren die erste Wirkung.

Kollegen und schon glaubten einige Kollegen, die Beitragzahlung einstellen zu sollen. Zu diesem kam noch, daß eine Anzahl unserer Einkassierer eingezogen wurde, ohne daß die Verwaltung hiervon Kenntnis erhielt.

Saarbrücken. Die Arbeitslosigkeit war in den letzten Jahren nicht besonders günstig und ist fast nie über eine mittelmäßige Konjunktur hinausgekommen.

im Saargebiet erhalten bleiben, wozu in erster Linie das alte Festhalten am Verbands die beste Gewähr bietet. Die Organisation als Helfer in der Not hat sich bereits bewährt; sie wird tun, was sie nach Lage der Verhältnisse zu tun imstande ist. Erfüllen die Kollegen gleichfalls ihre Pflicht, vor allem diejenigen, die in Arbeit stehen, indem sie die Beiträge weiter pünktlich bezahlen, dann werden wir um so besser unsere jetzigen Aufgaben durchführen können.

Weimar. Vorsitzender und Kassierer wurden gleich zu Beginn der Mobilmachung zum Militär einberufen und außer diesen noch 30 Kollegen, so daß 82 pZt. unserer Mitglieder dem Rufe zur Fahne folgten. Infolge der gleich mit der Mobilmachung einsetzenden Arbeitslosigkeit reisten noch 14 Kollegen ab, so daß sich der Mitgliederbestand stark vermindert hat. Die Mägen in der Verwaltung wurden schnell ausgefüllt, und die zurückgebliebenen Mitglieder sind sich darüber klar, daß es ihre Aufgabe sein muß, die Organisation am Orte auch in dieser kritischen Zeit zusammenzuhalten, zumal von einem Arbeitgeber bereits der Versuch gemacht wurde, die Löhne herunterzubringen. Nachdem das Ortsparlament die Verabsägung der täglichen Arbeitszeit auf sieben Stunden beschloß und die Eingaben an die Behörden erledigt hatte, konnten auch arbeitslose Kollegen wieder in Arbeit treten. Bis dahin hatten sich sechs Kollegen damit geholt, daß sie Wachposten standen, wofür eine Vergütung von M. 8 pro Tag gezahlt wurde.

Gewerkschaftliches.

Die Politischerklärung des Fabrikarbeiterverbandes aufgehoben. Dem Vorstand dieses Verbandes ging im Januar 1914 eine Verfügung des Polizeipräsidenten von Hannover zu, in der die Einreichung der Satzungen und des Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder gefordert wurde. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, daß Personen unter 18 Jahre dem Verband nicht als Mitglieder angehören und auch in seinen Versammlungen nicht anwesend sein dürfen. Als Grund wurde angeführt, der Verband müsse „als ein politischer Verein im Sinne des Reichsgesetzes vom 19. April 1908 angesehen werden“. Gegen diese Verfügung erhob der Verbandsvorstand Einspruch. Als der Krieg ausbrach, war noch keine Entscheidung gefallen. Nunmehr erhielt am 22. Oktober der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes vom Polizeipräsidenten die Nachricht, daß er seine Verfügung zurückgezogen hat. Öffentlich haben die Verbände, die Gewerkschaften für politische Vereine zu erklären, für immer aufgehört.

Arbeitslosigkeit im Textilgewerbe. Eine vom Textilarbeiterverband vorgenommene Zählung ergab einen Mitgliederbestand im September von 116 283 Mitgliedern. Am Stichtage waren arbeitslos 17 574 Mitglieder (15,1 v. H.); im September des Vorjahres betrug die Zahl 2549. Im August waren 24,7 pZt. der Mitglieder arbeitslos. Die Angaben für die Arbeitslosenunterstützung betragen im dritten Quartal dieses Jahres M. 521 878. Diese Situation veranlaßte den Verbandsvorstand, die Sätze für Arbeitslosenunterstützung weiter herabzusetzen, und zwar auf die Hälfte der faktarisch vorgesehenen. Die dazu einberufenen Bezirkskonferenzen haben die Herabsetzung der Unterstützung als zwingende Notwendigkeit eingesehen.

Sozialpolitisches.

Der preussische Landtag, der am 22. Oktober zu einer kurzen Kriegssitzung zusammentrat, bewilligte der Regierung die von ihr geforderte Summe von anderthalb Milliarden Mark, die fast ausschließlich zur Linderung von Kriegsschäden bestimmt sind. So sind unter anderem 400 Millionen für die Schäden in Ostpreußen vorgesehen, größere Summen sind für die Notstandsarbeiten verschiedener Art bestimmt. Nur von den Sozialdemokraten wurde zu der Vorlage eine Erklärung abgegeben, die auf die verschiedenen Mängel hinweist, die der Vorlage anhaften. Aber trotz dieser Mängel würden die Sozialdemokraten für die Kredite stimmen. Die Regierungsvorlage wurde sodann ohne weitere Diskussion einstimmig angenommen, worauf der Landtag bis zum 9. Februar 1915 vertagt wurde.

Ueber den Einfluß des Krieges auf das Arbeitsverhältnis veröffentlicht der Gewerberichter Magistratsrat Ludwig Schulz in Berlin in den Blättern für Rechtspflege einen längeren lehrreichen Aufsatz, der nach ausführlicher Darlegung der durch die Einberufung eines Vertragsstills zur Fahne geschaffenen Rechtsverhältnisse auch diejenigen erörtert, die sich ergeben, wenn kein Vertragsstills zur Fahne einberufen worden ist. Aus diesem Teile des lehrreichen Aufsatzes seien folgende Gesichtspunkte hervorgehoben:

Wenn kein Vertragsstills zur Fahne einberufen worden ist, so bleibt das Vertragsverhältnis, das vor der Mobilmachung eingegangen ist, in der Regel unverändert. Die Rechte und Pflichten der Parteien bleiben dieselben, der Arbeitsvertrag läuft weiter, Entlassung und Niederlegung der Arbeit ist nur zulässig unter Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist. Auch der Umstand, daß das Geschäft

insolge des Krieges unrentabel geworden ist oder daß kaum Arbeit vorliegt, berechtigt weder den Arbeitgeber noch den Arbeitnehmer zur kündigungslosen Lösung des Arbeitsverhältnisses. Nur ein Unfortdabeiter könnte, wenn keine Arbeit vorliegt, ohne Kündigung aufhören. Bei Angestellten, die für dasjenige Land ausdrücklich angenommen sind, mit dem der Kriegszustand besteht (zum Beispiel jetzt Russland, die in Frankreich reisen sollten, Monteurs, die in Russland arbeiten sollten), ist für die Zeit des Kriegszustandes die Vertragserfüllung unmöglich. Für diese Zeit gilt mithin kein Teil an den andern Forderungen zu stellen. Von selbst endet auch hier das Arbeitsverhältnis nicht, doch dürfte für beide Teile ein „wichtiger Grund“ im Sinne des Gesetzes zur vorzeitigen Lösung des eingegangenen Vertrages gegeben sein. Verträge mit Schauspielern niederen Grades, Artisten, Musikern und dergleichen enthalten häufig die Bestimmung, daß Kriegsausbruch den Vertrag sofort löse. Ist diese Klausel nicht vorhanden, so bleibt auch hier der Ausbruch des Krieges ohne jeden Einfluß wie bei andern Dienst- und Arbeitsverträgen. Unerheblich ist namentlich, ob etwa der Unternehmer der Artistentruppe in seinem Vertrage mit dem Salkinhaber, bei dem gespielt wurde, die Kriegsklausel hatte und infolgedessen seine Tätigkeit in dem betreffenden Lokale einstellen mußte, oder ob der Gastwirt überhaupt sein Lokal schließt. Nur wenn infolge des Kriegszustandes Aufführungen der Art, wie sie in Frage kommen, von der Behörde untersagt sind, liegt für die Zeit des Verbots Unmöglichkeit der weiteren Erfüllung des Vertrages vor und § 328 des Bürgerlichen Gesetzbuches gilt dann zwischen den Parteien. Ist das Verbot zurückgezogen, so gelten die Verträge weiter, wenn nicht das Arbeitsverhältnis inzwischen gelöst worden war. Auch hier würde ein Verbot auf längere Zeit, namentlich aber ein solches auf unbestimmte Zeit, als wichtiger Grund zur kündigungslosen Lösung des Vertrages anzusehen sein.

Vom Ausland.

Oesterreichische Gewerkschaftsmitglieder im Kriege. Auch die oesterreichische Gewerkschaftszentrale hat sich bemüht, die Zahl ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Mitglieder festzustellen. Die Erhebungen darüber fanden am 31. August statt. Ende 1913 gehörten der oesterreichischen Gewerkschaftszentrale 60 Organisationen mit 872 216 männlichen Mitgliedern an. Von diesen berichteten 46 Organisationen, daß 68 487 Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen seien. Die Zahl der von der Erhebung erfaßten Mitglieder beträgt 78,8 pZt. der Gesamtzahl. Diesen Prozentsatz auf die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder umgerechnet, ergibt, daß 18 pZt. der männlichen Mitglieder in Kriegsdiensten stehen (bei den deutschen Gewerkschaften waren es nach der ersten Zählung beinahe 27,7 pZt.). Wie bei uns, so dürfte auch in Oesterreich diese Zahl der im Felde stehenden Mitglieder inzwischen stark gestiegen sein. Etwa ein Drittel der Eingezogenen stellt Wien, die Provinz die übrigen zwei Drittel. In absoluten Zahlen haben die Metallarbeiter den größten Anteil, ihnen folgen die Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Textilarbeiter, Holzarbeiter und Zimmerer. Die niedrigsten Zahlen sind in kleineren Berufen anzutreffen, die weniger Mitglieder haben, so daß irgendwelche Schlussfolgerungen aus der Beteiligung der Berufsangehörigen am Kriegsdienst nicht zu ziehen sind, da eine prozentuale Berechnung, die dafür einigen Anhalt bieten würde, in der Statistik der oesterreichischen Gewerkschaften fehlt.

Fachliteratur.

Praktisches Handbuch für Anstreicher und Lackierer. Anleitung zur Ausführung aller Anstreicher-, Lackierer-, Vergolter- und Schriftenmalereien, nebst eingehender Darstellung aller verwendeten Rohstoffe und Mischungen. Von Louis Edgar Andés. Vierte, vollständig umgearbeitete Auflage. Mit 79 Abbildungen. Wien und Leipzig. U. Hartlebens Verlag 1914. Preis brochiert M. 3,25, gebunden M. 4,05. — Von einem praktischen Handbuch, das man voraus, daß es über den jeweiligen Stand der Technik ein klares und umfassendes Bild gibt. Beständig vollstehen sich in den einzelnen Gewerben bedeutsame Veränderungen, und da ist es Aufgabe des Verfassers eines Handbuchs, auf die notwendigen Ergänzungen bedacht zu sein und das Werk den neuen Verhältnissen anzupassen. Die Umarbeitung des oben benannten Handbuchs für Anstreicher und Lackierer war ebenfalls notwendig geworden und diese Ausgabe hat der Verfasser im großen und ganzen gut gelöst. Die Gliederung des Stoffes ist so ziemlich die gleiche geblieben wie in der dritten Auflage. Nach allgemeinen Mitteilungen über Anstreichen und Lackieren bespricht Andés eingehend die Rohmaterialien und Ersatzmittel und gibt eine Darstellung der verschiedenen Lacke. Die Erörterung über die Zubereitung der Farben für die einzelnen Techniken sind für den Praktiker des Maler- und Lackierergewerbes von recht problematischer Bedeutung; in dieser Beziehung wäre es wünschenswert, wenn der Theoretiker bei der Bearbeitung solcher Punkte sich mit dem bewährten Praktiker in Verbindung setzte. Weitere Kapitel des Buches handeln von Anstreichverfahren

für Sonderzwecke, von Holz- und Marmoralelei, von neuen Dekorations-Techniken, vom Vergolden, Bronzieren, Silbermalen usw. Zum Schluß folgt ein alphabetisches Register. Das Buch ist wie auch die übrigen Werke dieser bekannten Verlagsanstalt gut ausgestattet.

Sterbetafel.

Muggsb. Am 2. Oktober starb unser Kollege Julius Zheig im Alter von 24 Jahren an Bleivergiftung und Augenkrankheit.
Spannan. Am 18. Oktober starb unser Kollege Rudolf Lehner im Alter von 80 Jahren an Schlaganfall. Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bekanntmachungen.

Trotz wiederholter Aufforderungen gehen die statistischen Karten zur Feststellung der wesentlich ausgefallenen Arbeitslosenunterstützung und der vorhandenen Arbeitslosigkeit sehr nachlässig ein. Wir machen nochmals ernstlich geltend, daß dies den Vorstand hindert, bestimmte Beschlüsse rechtzeitig zu fassen. — Besonders sei nochmals hervorgehoben, daß die Karte jede Woche, und zwar auch dann, wenn kein Zuschuß gebraucht wird oder wenn keine Arbeitslosen vorhanden sind, eingeleitet werden muß.

Von folgenden Filialen fehlten am 2. November noch die Karten für die Zeit vom 21. September bis 17. Oktober: Muggsb., Bayreuth, Gelle, Cughaven, Eichenach, Emden, Freiburg, Graudenz, Greifswald, Grünberg, Gütstrom, Hagen, Gamm, Heilbronn, Hoyerwerda, Ingolstadt, Kaiserlautern, Kößlin, Landsberg, Linden, Lübeck, Lindenwalde, Lüdenscheid, Meh, Mühlhausen, Münster, Neisse, Neustadt, Wirmasens, Prenzlau, Radolfzell, Rosenheim, Sagan, Schleswig, Schweinfurt, Schwerin, Sorau, Spremberg, Stralsund, Thorn, Trier, Weiskammer, Werbau, Wilhelmshaven, Wittenberge.

Von folgenden Filialen fehlten am 2. November noch die Karten für die Zeit vom 19. bis 24. Oktober: Mischaffenburg, Reuthen, Wietefeld, Bochum, Breslau, Coblenz, Coburg, Colmar, Grimmlschau, Grefeld, Gutzlaven, Danzig, Detmold, Eisenach, Eisenberg, Emden, Erfurt, Schwelge, Essen, Flensburg, Frankfurt a. d. O., Freiburg, Friedberg, Gießen, Grlitz, Göttingen, Graudenz, Greifswald, Grünberg, Gütstrom, Gamm, Heidelberg, Heilbronn, Herford, Hirschberg, Hoyerwerda, Ingolstadt, Kaiserlautern, Konstanz, Kößlin, Landsberg, Lindau, Lärach, Lindenwalde, Lüdenscheid, Marburg, Meerane, Meh, Mühlhausen, Münster, Naumburg, Neisse, Neustadt, Nordhausen, Oldenburg, Wirmasens, Wolfes, Prenzlau, Radolfzell, Reichenhall, Rosenheim, Saarbrücken, Sagan, Schleswig, Schweinfurt, Schwerin, Siegen, Singen, Sorau, Spremberg, Stralsund, Thorn, Trier, Waldenburg, Weida, Weiskammer, Wilhelmshaven, Wittenberge.
Der Vorstandsvorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 26. bis 31. Oktober.

Eingekandt haben für die Hauptkasse: Meitock M. 7,40, Cottbus 58,09, Darmstadt 73,15, Lüdenscheid 87,02, Neuwied 20, Cughaven 50, Schneidemühl 50, Dessau 100, Wittenberge 12, Konstanz 4,80, Bochum 47.
Für vorige Woche ist nachzutragen: Berlin M. 7000.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken, D = Duplikatmarken, E = Eintrittsmarken, F = Futterale, V = Vorkasse): Nachen 400 B à 75, Brandenburg 1000 B à 80, Grimmlschau 100 B à 70, Darmstadt 4000 B à 80, Dresden 12 B à 120, Gera 600 B à 75, Glauchau 400 B à 75, Graudenz 100 V à 50, Hannover 100 B à 10, Heidelberg 50 V à 45, Kößlin 400 B à 80, 5 B. Leipzig 2000 B à 75, 4000 B à 80, 100 B à 10, Lüdenscheid 200 B à 80, Mainz 5000 B à 80.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Name	Buch-Nr.	Besahlt bis zur	Ort
B. Rademacher	8765	36. Woche 1914	Wilhelmshaven
Heinr. Gerhardt	12918	39. " 1914	Mainz
Heinr. Lang	28910	30. " 1914	"
Ludw. Großkopf	90185	24. " 1914	"
Heinr. Fuchs	90766	34. " 1914	"
Heinr. Fischer	91876	28. " 1914	Frankfurt a. M.
Louis Büchner	91562	36. " 1914	Gotha
Heinr. Nisse	14262	32. " 1914	Gremershaven
Paul Leutloff	22102	29. " 1914	Berlin
Adolf Hempel	36142	30. " 1914	"
Otto Hempel	86796	36. " 1914	Heilbronn

Die Woche vom 8. bis 14. November ist die 45. Beitragswache. H. Weutter, Kassierer.

Der Malerkalender 1915

herausgegeben vom Vorstand des Verbandes wird alsbald erscheinen. Der Kalender wird unter anderem auch ein Bildnis des verstorbenen Kollegen Töpler bringen. Die Verwaltungen der Filialen werden ersucht, bereits jetzt schon die Bestellungen vorzunehmen, damit beim Erscheinen sofort mit dem Versand begonnen werden kann. Der Preis beträgt pro Exemplar 50. Bei Bestellung von mindestens zehn Exemplaren kostet der Kalender pro Stück 45. Einzelbestellungen ist 10. Porto beizufügen. Der Vorstand.

Maler-Mäntel

110 120 130 cm lang
M. 3,- 2,20 3,40
Hosen M. 2,-, Dreil-Fadern 2,25, Dreil-Hosen 3,-, 40, Nessel-Fadern 2,25
Schreibern bitten anzugeben.

D. Wurzel & Co., Berlin
Bräunstraße 13, 1. Et.

Schablonenstanzeisen, runde, ovale, gebogene Stanzeisen. 1 Satz (40 Eisen) M. 18. Verlangen Sie Schnittprobe von Emil Kästner, Dresden-N., Löbauer Straße 13.

MALERSCHULE WILH-SCHÜTZE
HAMBURG. PROSP. GRATIS.
= Anerkannt beste Schule für Dekorationsmaler =

Schule für Holz- und Marmoralelei
von Georg Haaf, Köln, Bismarckstr. 18.
Anf. 1. Nov. Eintritt jederzeit. Prospekt gratis.

Schnitt-Apparat, schnell und sicher.
Preis M. 1,50. Zurüch. innerh. 20 Tagen.
G. Rickmann, Hamburg 22, Heilmannstr. 8.

Maler-Mäntel, weltberühmt in Sitz, Haltbarkeit u. Schmutz. Direkter Versand an jedermann ab 1. April. Lassen Sie sich meine Preisliste kommen. Emil Hohfeldt, Dresden-N., Ritterstr. 24.
Der heutigen Nummer liegt Nr. 44 des „Correspondenzblattes“ bei.